



# Sozialpolitische Opposition Hamburg

Nernstweg 32 22765 Hamburg Tel. 040-390 88 62 FAX 39 90 10 12 [sopo@snafu.de](mailto:sopo@snafu.de)

## Pressemitteilung

Montag, 13. Dezember 2004

### **Sagen Sie Nein! SoPo fordert Träger auf, sich nicht am 1-Euro-Programm zu beteiligen**

Es gibt keinen einzigen guten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Grund für 1-Euro-Zwangsdienste. Darauf hat noch einmal die Sozialpolitische Opposition Hamburg hingewiesen und dabei gleichzeitig Einrichtungen und Träger aufgefordert, sich diesem Zwangsprogramm zu verweigern: *„Diese Zwangsmaßnahmen sind arbeitsmarktpolitischer Unsinn, und wer sich als Einrichtung an diesem Programm beteiligt, schaufelt sich auf Dauer sein eigenes Grab.“*

Die SoPo wendet sich vor allem an Einrichtungen, die über Kooperationsvereinbarungen mit Beschäftigungsträgern eingebunden werden sollen. *„Die skandalösen Zustände bei der HAB zeigen, dass die Beschäftigungsträger gar nicht wissen, was sie mit all den ZwangsdienstlerInnen anfangen sollen. Kein Wunder, dass sie die jetzt bei Schulen, Kindergärten und Initiativen anbieten wie sauer Bier.“* Ein Verzicht auf solche Kooperationsvereinbarungen, so die SoPo, gefährdet die Einrichtungen nicht, behindert die Umsetzung des 1-Euro-Programms aber wirkungsvoll.

Die SoPo wendet sich in diesem Zusammenhang auch gegen jede Illusion von Freiwilligkeit: *„Ob und welcher 1-Euro-Job genommen werden muss, entscheidet immer der Fallmanager, nicht der Erwerbslose. Und Träger, die 1-Euro-JobberInnen zugewiesen bekommen, müssen die auch nehmen.“*